

Stenografischer Bericht

öffentlich

46. Sitzung – Hauptausschuss

23. Oktober 2023, 10:01 bis 11:17 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU

Dirk Bamberger
Alexander Bauer
Hartmut Honka
Tobias Utter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Jürgen Frömmrich
Torsten Leveringhaus

SPD

Stephan Grüger
Heike Hofmann (Weiterstadt)
Gerald Kummer

AfD

Dirk Gaw
Robert Lambrou

Freie Demokraten

René Rock

DIE LINKE

Elisabeth Kula

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

CDU:	Maximilian Gatzer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Pia Kuschnir
SPD:	Raphael Oidtmann
AfD:	Jan Feser
Freie Demokraten:	Mario Klotzsche Maximiliane Rink
DIE LINKE:	Jürgen Herbst

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name – bitte in Druckbuchstaben –	Amts- bzw. Dienstbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
Beckes, Owe	StS	StK
amv, Stefan	StS	HMdJ
JÖDICKE, BJÖRN	LMR	StK
Sewindt, Bianca	MRin	StK
Jung, Saskia	MRin	StK
Hap, Christian	MR	StK
Seidel, Thomas	IdP	HMdS
KANTHER, WILHELM	ALII	– – –
Schellakowsky, Joh.	MR	StK
Kühls, Tobias	MinDir	StK
Bajic, Eladko	ROB	HMdS

Protokollführung: Dr. Ute Lindemann

Inhaltsverzeichnis:

- zur abschließenden Beratung –
1. Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen –
jüdisches Leben schützen
– Drucks. [20/11644](#) – S. 23
- zur abschließenden Beratung –
2. Entschließungsantrag
Fraktion DIE LINKE
Zur aktuellen Eskalation in Nahost: Terror der Hamas verurteilen,
Antisemitismus bekämpfen, Zivilbevölkerung schützen
– Drucks. [20/11658](#) – S. 4
- zur abschließenden Beratung –
3. Antrag
Fraktion der AfD
„Klare Kante“ und Null-Toleranz gegen den importierten Antisemitismus
– Drucks. [20/11661](#) – S. 4
- zur abschließenden Beratung –
4. Antrag
Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten
In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen –
jüdisches Leben schützen
– Drucks. [20/11662](#) – S. 5

Vorsitzender **Frank-Peter Kaufmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die Uhr im Saal zeigt 10 Uhr, von daher kann ich die Sitzung eröffnen. Ich begrüße Sie zur 46. Sitzung des Hauptausschusses – die Abgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Für die Landesregierung begrüße ich Herrn Staatssekretär Becker, der dem Thema sicherlich am nächsten ist. Von daher freuen wir uns auf das, was Sie uns zu sagen haben. Außerdem begrüße ich Herrn Staatssekretär Sauer sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien.

Zur Tagesordnung: Wir haben eine Einladung und einen Nachtrag sowie eine Nachmeldung, sodass wir uns nach dem gegenwärtigen Stand mit vier Anträgen befassen, nämlich dem ursprünglichen Antrag der FDP, dem Antrag der LINKEN, dem Antrag der AfD und dem gemeinsamen Antrag von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP.

Wir haben das schon im Vorfeld geklärt, der Antrag der Fraktion der FDP, Drucks. 20/11644 wird von der antragstellenden Fraktion zugunsten des gemeinsamen Antrags von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP zurückgezogen.

Zur Beratung bleiben drei Anträge, die Drucksachen Nr. 20/11658, 20/11661 und 20/11662.

Mein Vorschlag ist, das werden Sie erwarten, dass wir die drei Anträge, weil sie den gleichen Themenkomplex betreffen, gemeinsam aufrufen und nach der Aussprache getrennt abstimmen.

Da alle Anträge zur abschließenden Beratung dem Hauptausschuss überwiesen worden sind, heißt das zugleich, dass die Sitzung zu dieser Aussprache öffentlich ist. Insofern sind die Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit herzlich willkommen.

Ich hoffe, dass ich an alles gedacht habe und rufe nun auf:

– zur abschließenden Beratung –

2. **Entschließungsantrag**
Fraktion DIE LINKE
Zur aktuellen Eskalation in Nahost: Terror der Hamas verurteilen, Antisemitismus bekämpfen, Zivilbevölkerung schützen
– Drucks. [20/11658](#) –

– zur abschließenden Beratung –

3. **Antrag**
Fraktion der AfD
„Klare Kante“ und Null-Toleranz gegen den importierten Antisemitismus
– Drucks. [20/11661](#) –

– zur abschließenden Beratung –

4. **Antrag**
Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten
In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen –
jüdisches Leben schützen
– Drucks. [20/11662](#) –

Wer wünscht als erster das Wort? – Der Kollege Rock beginnt.

Abg. **René Rock:** Ich glaube, wir sind alle erschüttert über das, was wir auf den Bildschirmen gesehen haben – Gräueltaten, die Ermordung von Kindern, Familien. Das sind Dinge, die wir uns nicht mehr hätten vorstellen können.

Es ist für uns im Hessischen Landtag wichtig, dass wir dazu klar Position beziehen. Natürlich sind meine Gedanken auch bei den Geiseln und deren Schicksal. Wir stehen, glaube ich, erst am Anfang einer Eskalation. Dieser Konflikt wird sich noch deutlich verschärfen.

Deswegen muss am Anfang deutlich gemacht werden, wo die Verantwortung liegt. Die Verantwortung liegt bei der terroristischen Organisation Hamas, die in einer unvorstellbaren Art und Weise Gräueltaten gegen Jüdinnen und Juden in Israel ausgeübt hat. Diese Verantwortung muss klar benannt werden und darf nicht relativiert werden. Aus unserer Sicht ist Israel selbstverständlich berechtigt, sich nun zu verteidigen. Natürlich hoffen wird, dass diese Verteidigung immer angemessen und mit Augenmaß ist, aber dieses Recht steht Israel zu.

Wir in Deutschland und in Hessen müssen gegen die Hamas vorgehen, gegen ihre Unterstützer, um ganz klar deutlich zu machen, wie wir Terrorismus auch dort, wo wir es können, bekämpfen.

Demonstrationen für diese Gräueltaten sind Demonstrationen, bei denen wir davon ausgehen müssen, dass es zu untolerierbaren Äußerungen gegenüber Israel und den Jüdinnen und Juden in unserem Land kommt. Darum ist für mich klar, wo das der Rechtsstaat möglich macht, dürfen diese Demonstrationen nicht stattfinden. Ich bin sehr dankbar, dass die Stadt Frankfurt so entschieden reagiert hat und dass am Ende die Demonstration dort verhindert werden konnte.

Kooperationen mit Organisationen, die der Hamas nahestehen, müssen überprüft werden. Wenn das tatsächlich der Fall ist, müssen diese Kooperationen eingestellt werden. Es dürfen keine Finanzmittel aus Hessen oder Deutschland mehr in irgendwelche Kanäle fließen, die am Ende der Hamas zugutekommen.

Ganz wichtig ist für uns alle – da will ich auch sagen: Die Landesregierung hat reagiert. – der Schutz der Jüdinnen und Juden in unserem Land und ihrer Einrichtungen. Dieser Schutz muss permanent überprüft werden und der Gefahrenlage angepasst werden.

Es ist für mich persönlich unerträglich, dass sich Juden in Deutschland nicht frei bewegen können und Angst um ihr Wohlergehen haben müssen. Antisemitismus – darüber haben wir uns in Hessen und im Landtag ausgetauscht, auch am runden Tisch – hat, das wissen wir alle, insgesamt zugenommen. Darum müssen wir uns dem Thema Antisemitismus in besonderer Art und Weise zuwenden und ihn bekämpfen, wo wir das nur können. Da kommt natürlich aus unserer Sicht als Land der Bildungsbereich besonders in den Fokus. Darum bin ich auch sehr dankbar, dass wir uns zu viert auf genau diesen Schwerpunkt verständigen konnten. Wo sonst als im Bildungsbereich könnten wir dem Antisemitismus durch Aufklärungsarbeit und dem Verstehen all dieser Konflikte entgegenwirken?

Ich bin sehr dankbar, dass es in der Zivilgesellschaft in unserem Land schon klare Reaktionen gibt, die sich hinter Israel stellen. Ich hoffe, dass das anhält und noch mehr wird.

Dann kommt ein Punkt, der mir persönlich sehr wichtig ist. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns gemeinsam darauf einigen konnten, dass wir als Land Hessen, die Landesregierung und der Hessische Landtag, klar Farbe bekennen und auch die Unterstützung durch die muslimischen Organisationen, Vereine und Verbände ein klares Bekenntnis zum Existenzrechts Israels und zur Gewaltfreiheit und gegen Terror erzielen können. Ich bin sehr dankbar, dass auch schon Einladungen im Raum stehen und dass wir, wenn wir uns als Hessischer Landtag gemeinschaftlich bekennen, uns diesem Thema noch intensiver zuwenden werden. Von daher bin ich auch sehr froh, dass wir zusammen mit CDU, GRÜNEN und SPD, Schulter an Schulter, gegen Terror Farbe bekennen und uns gegen Antisemitismus einsetzen. – Vielen Dank.

Abg. **Stephan Grüger**: Ich schließe mich den Worten des Kollegen Rock an. Es ist ein einschneidendes Erlebnis und eine einschneidende Situation, die dadurch entstanden ist, dass die Hamas Israel überfallen hat und dabei unfassbare Gräueltaten begangen hat. Es ist erschreckend, dass wir in Deutschland Situationen erleben, in denen das relativiert wird. Das ist nicht relativierbar, was da passiert ist.

Ich war gestern in Berlin bei einer Demonstration mit etwa 25.000 Menschen. Daran haben auch Eltern und Verwandte der Entführten, etwa 200 Personen, teilgenommen und berichtet, wie es ihnen gehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass so etwas passiert ist. Es ist auch nicht nachvollziehbar, was für ein Schrecken das für die Menschen ist, die um ihre Angehörigen bangen. Es ist daher immer wieder wichtig, ein Signal zu setzen von allen politischen Institutionen, auch vom Hessischen Landtag, dass wir die Dimension und das Ausmaß dieses Überfalls einordnen und richtig verstehen und dass wir auf der Seite Israels stehen bei der Verteidigung seiner Souveränität und seines Existenzrechts. Das heißt auch Verteidigung gegen Raketen, die aus dem Ga-

zastreifen, insbesondere aus dem nördlichen Gazastreifen, bis heute täglich, auch jetzt im Augenblick, auf Israel abgeschossen werden, mit dem Ziel, die israelische Bevölkerung zu töten, zu ermorden, zu verängstigen.

Es ist das volle Recht Israels, gegen diese Raketenstellungen, gegen die gesamte militärische Infrastruktur der Hamas vorzugehen. Die Aufrufe zur Verhältnismäßigkeit kann man natürlich unterschreiben. Man muss verstehen, dass die Hamas die eigene Bevölkerung als Geisel nimmt und vor die Abschussrampen stellt, dass die Hamas verhindert, dass Evakuierungsmaßnahmen stattfinden können. Die Hamas ist eine Bande von Feiglingen, die hinterrücks ein Land überfallen hat und keinerlei Verständnis dafür verdient, was dort geschehen ist.

Von daher drücke ich im Namen meiner Fraktion unsere Freude darüber aus, dass wir es geschafft haben, einen möglichst breit getragenen Antrag einzubringen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass die Fraktionen, die jetzt nicht darauf stehen, ihre Hand heben werden, sodass wir eine einstimmige – wie das der Bundestag auch geschafft hat – Stellungnahme des Hessischen Landtags durch den Hauptausschuss hinbekommen werden, um klar zu machen, dass wir in dieser Frage zusammenstehen. Darum bitte ich und schließe damit. – Vielen Dank.

Abg. **Elisabeth Kula:** Dass wir heute zusammenkommen, um über dieses Thema zu sprechen, finde ich richtig. Da möchte ich den Freien Demokraten für den Impuls danken. Ich glaube, dass es richtig ist, das in dieser kurzen Parlamentspause, die wir jetzt nach der Landtagswahl haben, im Hauptausschuss thematisieren.

Es wurde alles schon richtig geschildert. Im Nahmen Osten hat die Hamas in Israel schreckliche Gräueltaten begangen. Die Terrororganisation Hamas trägt allein dafür die Verantwortung, dass diese neue Eskalationsstufe und Gewaltspirale zwischen Israel und Palästinensern erneut so eskaliert ist. Unsere Solidarität gilt natürlich allen Familien, allen Menschen, die vom schrecklichen Terror der Hamas betroffen sind. Ich denke, da ist es auch vollkommen richtig, dass sich der Landtag dazu klar positioniert. Ich bin weiterhin schockiert über die Dynamik, die in diesem Konflikt vorherrscht. Am meisten leidet darunter die Zivilbevölkerung.

Ich möchte dennoch die Punkte, die in unserem Antrag eine andere Stoßrichtung haben, als die in dem gemeinsamen Antrag oder in dem ursprünglichen Antrag der Freien Demokraten, benennen, weil sie politisch wichtig sind. Dabei handelt es sich um die Frage, ob die Diskussion über Antisemitismus in diesem Land, die wir unweigerlich und unmissverständlich in diesem Land führen müssen, weil Antisemitismus ein Problem in Deutschland ist, aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Ich möchte problematisieren, dass diese Diskussion jetzt genutzt wird, um das Problem Antisemitismus zu externalisieren auf Menschen mit Migrationshintergrund, muslimische Menschen. Ich glaube, das greift schlicht und ergreifend zu kurz. Antisemitismus gibt es auch insbesondere aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus. Wir haben als deutsches Volk den Holocaust zu verantworten. Ich glaube, da können wir die Verantwortung für Antisemitismus, den es weiter in unserer Gesellschaft gibt, nicht, wie es teilweise in der aktuellen Debatte gemacht wird, auf

Menschen mit Migrationshintergrund oder muslimische Menschen abschieben. Dieser Gedanke ist in dem gemeinsamen Antrag etwas verkürzt formuliert.

Darüber hinaus glaube ich, ist es nicht zielführend, jetzt in dieser Situation pauschal Demonstrationsverbote auszusprechen. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist ein hohes Grundrecht. Es ist auch hier wichtig, dass die Menschen, die auf die Straße gehen, weil sie sich mit der Zivilbevölkerung in Gaza, aber auch im Westjordanland, mit den Palästinensern solidarisch zeigen möchten, grundsätzlich weiterhin diese Möglichkeit haben. Natürlich muss das unter der Voraussetzung geschehen, dass es friedlich ist und die Sicherheit aller gewährleistet werden kann, selbstverständlich insbesondere von jüdischen Menschen und jüdischen Einrichtungen.

Dennoch sagen wir: Ein pauschales Verbot von solchen Demonstrationen halten wir eher für kontraproduktiv, weil es die Diskussion und den Konflikt auch hierzulande weiter anheizt. Es muss geprüft werden, so steht es auch in unserem Antrag, inwiefern mit Auflagen ein sicherer Verlauf gewährleistet werden kann. Es muss eine Einzelfallprüfung geben und kein pauschales Verbot.

Auch bei den Diskussion um Abschiebungen von Menschen, die sich antisemitisch äußern, möchten wir noch einmal betonen, dass wir nicht finden, dass die Abschiebung als Mittel des Strafrechts dienlich ist. Es sollte keine Doppelbestrafungen geben. Wenn sich jemand strafrechtlich relevant äußert oder eine Straftat begeht, dann ist das selbstverständlich so zu ahnden, wie man in Deutschland eine Straftat ahndet. Eine Abschiebung darüber hinaus ist aber eine Form der Doppelbestrafung, die wir als LINKE immer bei allen Diskussionen darum, ob Straftäter besonders schnell abgeschoben werden können, abgelehnt haben, weil das Strafrecht keine Doppelbestrafung kennt. Deswegen lehnen wir auch das ab.

Nichtsdestotrotz, was uns wichtig ist als LINKE, ist, dass jüdische Einrichtungen in Hessen und Deutschland geschützt werden. Es ist unerträglich zu sehen, dass wieder antisemitische Übergriffe auf Synagogen, auf jüdische Einrichtungen geschehen und dass Menschen mit jüdischem Glauben sich hier nicht mehr wohl fühlen. Gleichwohl ist aber auch zu beobachten, dass es einen Anstieg an antimuslimischem Rassismus in dieser Gesellschaft gibt. Viele Diskussionen, sei es die Diskussion um das Asylrecht, aber jetzt auch die Diskussion um Antisemitismus, werden so geführt, dass vor allem Menschen muslimischen Glaubens zur Zielscheibe der Diskussion werden. Da müssen wir sehr aufpassen, dass wir auch diese Menschen weiterhin gut schützen.

Ich denke, wir haben in unserem Antrag sehr klargemacht, dass wir an der Seite der geschädigten Menschen in Israel stehen, der Menschen, die unter dem Terror der Hamas leiden, aber auch mit den Menschen im Gazastreifen, den Zivilisten, die jetzt erheblich unter dem Bombardement und höchst wahrscheinlich unter der Bodenoffensive leiden werden und Elend und Leid erfahren werden. Ich glaube, das gehört einfach in eine solche Debatte mit dazu. Solidarität mit Israel muss auch heißen, das Leid der Palästinenser nicht zu vergessen.

Abg. **Martina Feldmayer:** Auch wir wollen uns bei der FDP für die Initiative bedanken und bei allen Fraktionen, die es möglich gemacht haben, dass wir einen gemeinsamen Antrag zu diesem wichtigen Thema vorgelegt haben. Der 7. Oktober hat die Welt erschüttert. Es ist auch gut, dass wir uns hier im Hessischen Landtag mit diesem Thema beschäftigen und hoffentlich mit diesem Antrag auch ein starkes gemeinsames Zeichen der Solidarität an Israel aussenden.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Das, was passiert ist, ist ein Terrorangriff. Da sind so viele Menschen in Israel nach der Shoa umgekommen, wie noch nie zuvor. Dieser Terrorangriff dauert noch an. Da sind noch Menschen entführt, und wir wissen nicht, wie es ihnen geht. Menschen leiden und Menschen in Israel, aber auch hier, bangen um ihre Angehörigen und Freunde. Dieser Terror ist noch nicht vorbei. Dieser Terrorangriff dauert an. Dieser Terrorangriff ist wirklich singulär. Ich finde, das kann man auch einfach einmal als singulär betrachten und muss nicht anfangen zu relativieren oder zu sagen: Wir müssen hier und da schauen.

Selbstverständlich ist die humanitäre Hilfe der Menschen in Gaza wichtig. Können wir aber nicht einfach einmal als Hessischer Landtag sagen: Das, was mit diesem Terrorangriff passiert ist, steht für sich? Ich glaube, es ist wichtig, wenn man ein Zeichen der Solidarität sendet, auch zu sagen: Das ist singulär und das steht für sich, ohne Wenn und Aber. Das würde ich mir auch bei den Redebeiträgen der Kolleginnen und Kollegen der LINKEN wünschen.

Das Existenzrecht Israels gehört zu unserer Staatsräson. Da gibt es nichts zu relativieren. Ich finde, es gehört zu Grundwerten unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unabhängig davon, woher jemand kommt. Da kann man auch keine Abstriche machen. Das müssen wir auch deutlich machen. Das machen wir mit diesem Antrag deutlich. Selbstverständlich ist es wichtig, noch mehr politische Bildung zu betreiben. Selbstverständlich brauchen Lehrerinnen und Lehrer jetzt in dieser Situation noch bessere und mehr Handreichungen. Das ist ganz klar. Aber: Wir müssen auch klare Kante zeigen, was hier geht und was nicht geht.

Dieser Terrorangriff hat gezeigt, was nicht geht. Die über 200 antisemitischen Vorfälle nach diesem Terrorangriff hier in Deutschland, der versuchte Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin haben gezeigt, dass wir klare Kante zeigen müssen. Das geht so nicht. Deswegen bitte auch hier keine Relativierung. Klare Kante gegen Antisemitismus, ob er von rechts oder von links kommt, ob er neu ist oder alt, einfach klare Kante, das ist jetzt das Gebot der Stunde. Deswegen ist auch wichtig und gut, dass wir diesen gemeinsamen Antrag vorgelegt haben.

Wir würden uns auch wünschen, dass dieser gemeinsame Antrag von allen hier beschlossen wird. Das ist und wird ein klares Zeichen sein, auch an Israel, an die Angehörigen, die jetzt bangen, aber natürlich auch an die Jüdinnen und Juden in Deutschland, um deren Sicherheit wir uns auch Sorgen machen. Es ist eine Schande für Deutschland, für Hessen, für uns alle, dass jüdische Einrichtungen auch in der Vergangenheit noch nie sicher gewesen sind. Kinder können nicht sicher in die Schule gehen. Schulkinder und Kindergartenkinder sehen immer Polizistinnen und Polizisten. Das ist kein normaler Zustand. Das ist jetzt noch einmal schlimmer geworden. Deswegen sollten wir hier ganz klar zeigen: Wir stehen unverbrüchlich an der Seite Israels. Wir stehen aber auch unverbrüchlich an der Seite der Jüdinnen und Juden hier in Deutschland und in Hessen

und kümmern uns um deren Sicherheit. Die Sicherheitsvorkehrungen müssen immer aktualisiert werden. Das ist jetzt das Gebot der Stunde und nichts anderes.

Abg. **Tobias Utter**: Ich spüre das auch bei den anderen. Es ist schwer, in Worte zu fassen, was in Israel passiert ist. Die Worte, die wir benutzen, „Terroranschlag“ oder „Krieg“, können gar nicht das Leid beschreiben, das in Israel geschehen ist. Der Schrecken ist einfach riesengroß. Das ist immer leicht gesagt, auch das so etwas eine neue Qualität hat. Die Qualität ist nicht nur die absolute Enthemmung von Gewalt, sondern was zumindest ich auch erkenne, ist, dass man diese Gewalt inszeniert, dass man sie ins Netz stellt und damit die Todesangst, mitunter auch den Tod von Menschen Millionen anderen präsentiert.

Das ist zumindest für mich, ich sage es ganz offen, nicht mehr erträglich. Ich kann diese Bilder nicht aushalten und ich kann sie nicht sehen. Wie das benutzt wird, um mögliche angebliche politische Ziele zu verfolgen, ist einfach unerträglich.

Ich bin auch sehr dankbar, dass die FDP uns ermutigt hat, heute diese Sitzung zu machen. Gleichzeitig ist so ein bisschen dieser Zwiespalt in mir drin, inwieweit Worte überhaupt beschreiben können, was da passiert ist. Aber ich finde den Antrag, den wir jetzt gefunden haben, sehr gut, weil er doch auch die Komplexität des Vorgangs deutlich macht. Wir sind schockiert, wir sind entsetzt. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Deshalb ist es gut, dass wir als Hessischer Landtag, das tun wir als Hauptausschuss vertretend für den gesamten Landtag, hier auch deutlich Stellung beziehen.

Da hat ein Bruch stattgefunden, wir nennen es einen Zivilisationsbruch. Es ist natürlich klar, dass das in keiner Weise mit unseren Werten überhaupt etwas zu tun hat. Jeder, der das nicht erkennt, dem muss klar sein, dass er sich von unserer Grundordnung, von unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfernt hat. Das ist die Ordnung, mit der wir zusammenleben, Deutsche und Nichtdeutsche, alle, die in diesem Land sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir darauf hinweisen: Das geht nicht. Gewalt geht nicht. Terror geht nicht. Für uns ganz besonders wichtig: Das Existenzrechts Israels infrage zu stellen, geht eben auch nicht.

Ich finde es auch richtig, dass wir das klarmachen, zum Beispiel in einer Situation, wie es dann um das Staatsbürgerschaftsrecht geht. Wir machen deutlich, dass es nicht miteinander vereinbar ist.

Ich finde es ein bisschen schade, wenn wir Dinge miteinander vermischen. Ich will es aber jetzt hier klarstellen. Abschiebungen zum Beispiel sind keine Form von Bestrafung. Abschiebung ist einfach eine Durchführung einer Rechtslage. Jemand, der hier kein Aufenthaltsrecht hat und zur Ausreise aufgefordert ist, der kann abgeschoben werden. Das soll vordringlich passieren, wenn von ihm Straftaten oder Gefährdungen ausgehen. Das ist keine Form von Bestrafung. Bestrafung verhängt bei uns ein Gericht und nicht die Politik.

Dann ist mir auch noch wichtig: Es geht uns nicht darum, die Meinungsfreiheit oder die Demonstrationsrechte einzuschränken. Das wollen wir nicht einschränken. Aber in der Situation muss man sagen, dass es auch darum geht, Straftaten zu verhindern. Wenn das eben nicht anders geht, dann muss das auch einmal durch ein Verbot einer Demonstration geschehen. Man darf nicht vergessen, es geht nicht allein um die Frage von Gewalt. Es geht auch um die Frage, inwieweit ich durch Provokation noch mehr anheize. Wir haben es sehr eindrücklich vom Kollegen Grüger gehört: Für Menschen, die jetzt um ihre Angehörigen bangen, die nicht wissen, ob sie überleben werden, für die ist es unerträglich, wenn sie eine israelische Fahne brennen sehen.

Ich kann alles unterstreichen, was andere schon gesagt haben, möchte aber noch eigene Akzente setzen. Bildung ist ganz wichtig. Deshalb finde ich es auch gut, dass wir das in diesem Antrag noch einmal betonen, auch welche Aufgaben unsere Bildungseinrichtungen haben. Ich möchte darauf verweisen, dass wir schon sehr viel tun. Ich kann auch immer nur sagen: Auch bei unserer politischen Bildungsarbeit spielt die Frage des Antisemitismus eine große Rolle und wird dort beachtet. Wir haben wirklich exzellente Materialien für den Unterricht für Jugendgruppen und für Erwachsene.

Aber etwas, was langfristig auch für uns wichtig ist: Bei allen ausländischen Partnern, mit denen wir es zu tun haben, müssen wir auch immer wieder kritisch fragen, wo antisemitische Stereotypen in Bildungssystemen anderer Länder noch immer vorhanden sind. Das sind mitunter gar nicht nur die radikalen Länder, in denen so etwas passiert und das immer wieder weitergegeben wird, weiter und weiter.

Auch möchte ich noch betonen: Es ist nicht nur allein die Hamas, sondern es sind auch andere, die jetzt versuchen, aus dem Terror Kapital zu schlagen und ihr Süppchen zu kochen. Ich scheue mich nicht, diese Länder zu benennen: Es ist der Iran und es ist Russland.

Am Schluss noch zwei Bemerkungen. Die Bevölkerung im Gaza leidet jetzt auch, aber sie leidet auch schon länger. Es ist nicht so, dass die Hamas in Gaza ein einfaches Regime führen würde. Auch dort herrscht ein Terrorregime. Dort gibt es keine freie Meinungsäußerung. Jemand, der aus Gaza der Hamas widerspricht, muss ebenfalls mit dem Schlimmsten rechnen.

Jetzt zum Schluss, ganz persönlich: Ich danke Uwe Becker herzlich für seinen couragierten Auftritt und seine Intervention bei der Buchmesse. Das war mutig.

(Beifall)

Abg. **Dirk Gaw:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich muss zugeben, ich bin froh, dass Herr Kollege Utter jetzt ein bisschen länger gesprochen hat. Seine eingängige Worte haben mich sehr berührt. Ich hätte da wahrscheinlich gar nicht sprechen können. Ich möchte auch allen Kollegen, die vorher gesprochen haben, insbesondere der FDP, der SPD, der GRÜNEN und auch der CDU und auch zum Teil der Kollegin der Fraktion DIE LINKE

danken und möchte mich diesen Worten ausdrücklich anschließen. Wo ich auch ein bisschen geschluckt habe, war beim Thema Abschiebungen. Ich finde, wir sollten das jetzt hier gar nicht weiter vertiefen, weil es in unserem Staat einen Rechtsrahmen gibt. Dieser Rechtsrahmen kann selbstverständlich ausgeschöpft werden bzw. sollte angewendet werden. Mehr möchte ich zu diesem Thema jetzt eigentlich gar nicht sagen.

Zu dem gemeinsamen Antrag möchte ich sagen, dass wir einen eigenen Antrag eingebracht haben, eine Antrag „Klare Kante“, was hier auch mehrfach gefordert wurde. Aber wir hätten gar keinen eigenen Antrag eingebracht, wenn man von vorneherein gesagt hätte: Wir machen wirklich einen gemeinsamen Antrag. Es ist angekommen, Herr Kollege Grüger hatte auch gesagt, dass man hofft, dass alle zustimmen. Dieser Zustimmung wollen wir uns auch nicht verweigern. Wir können uns mit diesem Antrag sehr gut identifizieren, wenn wir auch noch zwei, drei andere Punkte in unserem eigenen Antrag haben. Warum macht man es dann nicht so, wenn man wirklich ein Zeichen setzen möchte? Warum stehen nicht alle Fraktionen auf diesem Antrag? Wir können das doch gemeinsam machen. Das wäre ein anständiger, richtiger und vernünftiger Zeitpunkt gewesen, um wirklich ein echtes und deutliches Zeichen zu setzen. Diesem Zeichen würden wir uns selbstverständlich nicht verschließen. – Vielen Dank.

StS **Uwe Becker**: Herr Vorsitzender, meine Damen, meine Herren! Zunächst seitens der Landesregierung ein Dank an den Hessischen Landtag, an die Fraktionen, dass er sich hier so bewusst klar und eindeutig positionieren wird. Ich will nichts vorwegnehmen, aber nach dem, was auf dem Tisch liegt und nachher abgestimmt werden soll, wird eine klare Position bezogen werden.

Ich glaube, das ist deswegen wichtig, weil es immer noch so ist, dass Europa nicht verstanden hat, welche Dimension der 7. Oktober hat. Der 7. Oktober war eben nicht ein weiterer Tag der Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und Israelis, sondern der 7. Oktober war terroristischer Völkermord an Jüdinnen und Juden im eigenen Land, in Israel.

Das ist ein Trauma, das Generationen von Israelis, aber eben auch Generationen von Jüdinnen und Juden in der ganzen Welt prägen wird. Wenn der Staat Israel neben seiner religiösen Bedeutung zu den religiösen Stätten eine verbindende Funktion für Jüdinnen und Juden in der Welt hat, dann, dass er als Schutzfunktion, als sicherer Hafen angesehen war, angesehen ist, nach all den Pogromen und Übergriffen, die jüdisches Leben in der Geschichte erfahren hat. Dieses Gefühl, diese Sicherheit, bei allem, was es an Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen, auch seit der Staatsgründung 1948, gegeben hat, all das wird überschritten durch die Gewalt, die Brutalität, die Barbarei, die Verbrechen des 7. Oktober. Deswegen ist, weil häufig der Bezug zum 11. September gezogen wird, aus meiner Sicht der 7. Oktober noch schlimmer und schrecklicher für Israel als der 11. September, weil er sich so grundlegend auf die Auslöschung jüdischen Lebens bezieht.

Die Situation am 11. September, als sich die Vereinigten Staaten plötzlich angreifbar gesehen gefühlt haben, ist anders, als eine Situation, wie sie der 7. Oktober hergibt, wo es eindeutig gewesen ist, dass es um die brutale barbarische Auslöschung jüdischen Lebens gegangen ist. Damit hat die Hamas, die diese Verbrechen vollzogen hat, geführt, unterstützt, finanziert vom Mullahregime im Iran, das gemacht, was sie schon von Beginn an in ihrer Charta stehen hat. Das muss man aussprechen und einordnen in der Frage, wie zum Teil – ich sage vorsichtig: romantisierend – vielfach über Hamas, über Terrororganisationen in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten gesprochen wurde. Sie haben das vollzogen, was sie immer schon gesagt und angekündigt haben. Manchmal ist es auch einfach wichtig, Verbrechen und Terroristen „zu glauben“, dass sie das, was sie erklären, auch im Schilde führen. Dort beginnt häufig schon Einordnung, Relativierung, gefährliche Balance, indem man gleichsetzt. Auch davor muss man warnen. Ich bin dankbar, dass das hier in den Erklärungen so deutlich ausgeführt worden ist.

Das, was an Verbrechen geschehen ist, steht für sich – wie manch andere Massaker historischen Ausmaßes in der Geschichte. Es kann das eine nicht erklärt, nicht eingeordnet, nicht begründet, oder schon gar nicht gerechtfertigt werden, was hier an blindwütigem Hass im Abschlichten von Familien, von Babys, Kindern, Frauen und Männern geschehen ist. Durch die Entführung von über 200 Menschen hält dieses Trauma an, für Israel, aber eben auch, es ist eben zu Recht gesagt worden, für Jüdinnen und Juden bei uns in Deutschland, in Hessen, die Verwandte und Freunde dort haben und nahezu an allen Stellen Berührungspunkte vorhanden sind. Deswegen muss man in all dem, was man tut, was man überlegt, was man auch an Solidarität zeigt, immer wieder vor Augen haben, um welchen Grad, um welche Dimension des Verbrechens und der Taten es sich hier handelt. Die Absicht, auch derjenigen, die am 07.10. diese Verbrechen vollzogen haben, reicht weiter. Die gleiche Absicht, die gleichen Ziele einer Hamas stehen auch weiterhin in deren Charta. Deswegen hat natürlich Israel jedes Recht, sich zu verteidigen und jedes Recht, die terroristischen Strukturen ein für alle Mal zu zerstören.

Die Welt hat sich an den Konflikt gewöhnt. Man spricht vielfach in Routinen über die Dinge, hat sich in den zurückliegenden Jahren gar nicht mehr aufgeregt, wenn Raketen geflogen sind. Die Berichterstattung hat immer nur gegenübergestellt: Raketen und israelische Reaktionen.

Man muss hier vor Augen haben, dass wir in einer Situation sind, in der Israel das Recht zur Verteidigung hat, und wir vielleicht wegen der Singularität dieser Situation nicht als erstes und vielleicht auch nicht als zweites die Ratschläge zum Verhalten gleich anschließen sollten. Wir haben bei keinem Anschlag auf europäischen Grund, weder den Franzosen, noch Belgiern, noch Amerikanern, noch Briten, jeweils erklärt, dass sie sich bitte in Reaktionen auf Terrorismus an geltendes Recht halten sollten. Wir sollten es gerade nicht bei jenem Land tun, für das wir im Besonderen in unserer Staatsräson formulieren, dass diese Beziehung eine besondere ist. Dass wir uns wünschen und hoffen, dass möglichst keine, möglichst wenige zivile Opfer zu beklagen sind, wenn Israel sich wehrt, das verbindet uns, denke ich, auch über Parteien und Fraktionen und Landesregierung und Landtag hinweg. Aber es immer wieder in den Raum zu stellen gegenüber jenem Land, das jetzt handeln muss, drückt auch aus, ob man es ernst meint mit der Solidarität und mit dem, was man nun gemeinsam vor Augen hat.

Deswegen heißt das, dass die Hessische Landesregierung fest an der Seite Israels steht bei dem, was nun vonseiten Israels an Verteidigung und an Zerstörung terroristischer Strukturen für erforderlich gesehen wird, und natürlich auch im Bewusstsein dessen, was und wer dort tätig ist, wer unterstützt wird und mit welchen Zielsetzungen. Tatsächlich ist das auch in der Einordnung, wie es von Kollegen Utter ausgesprochen worden ist, wichtig. Wenn man Hamas vor Augen hat, muss man auch sehen, welche Verbrechen Hamas an der eigenen Bevölkerung tagtäglich vollzieht, die Unterdrückung, die Entrechtung, die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen. All dies zeigt auch, dass wir auch eines tun müssen, und jetzt komme ich auf die Dinge zu sprechen, die bis zu uns nach Deutschland und nach Hessen reichen und wie wir diesen Konflikt und die jetzige Situation einordnen sollten.

Was wir als Gesellschaft in Deutschland, in Hessen nicht machen dürfen, ist die Gleichsetzung von Hamas und den Palästinensern. Die Palästinenser werden von der Hamas selbst unterdrückt. Bei aller Unterstützung, die auch eine Hamas aus der Zivilbevölkerung in Teilen erfährt, ist es ein Terrorregime, das zuvorderst das eigene Volk knechtet. In der gleichen Ideologie, in der der Unterstützterstaat Iran auch das eigene Volk knechtet, findet die Unterdrückung in Gaza durch die Hamas auch schon seit 2006 statt. Das ist deswegen wichtig, auch in der Frage, in welchem Duktus wir über diesen Konflikt sprechen, dass wir nicht Hamas und Palästinenser gleichsetzen sollten, weil Israel nicht gegen die Palästinenser vorgeht. Israel geht gegen eine Terrororganisation vor. Das schwingt auch in der Frage mit, wie man sich in der ein oder anderen Richtung solidarisiert. Man muss auch jenen, die durchaus aus berechtigten Gefühlen heraus, aus Trauer und Wut, weil es auch zivile Opfer in Gaza gibt und geben wird, zugestehen, dass sie diese Wut und diese Trauer haben. Es ist aber nicht die Unterstützung einer Hamas, die sich anschließen darf. Das ist im Moment der Versuch dieser terroristischen Strukturen und ihrer Vorfeldorganisationen, gerade eine ganze Generation von jungen Menschen aufzustacheln, auch bei uns, die sich in einer Nähe, auch kulturellen Nähe, sehen und nicht unterschieden zwischen Hamas und den Palästinensern, und sich jetzt in einem gemeinsamen Solidaritätsmomentum sehen.

Deswegen muss man sehr deutlich trennen und auch sehr deutlich sagen, dass das jetzt auch nicht um Muslime gegen Juden geht und nicht um Israel gegen Palästinenser – auch die Scharfmacher gibt es –, sondern um Terrorismus, der sich seine Bahn sucht, der Hass und Hetze verbreiten will. Auch wir sollten in dessen Agieren nicht die Fehler begehen, die Dinge gleichzusetzen, nicht sprachlich, nicht in den Medien und auch im bewussten Umgang, und daraus ein Thema aller Musliminnen und Muslime zu machen. Es ist aber genau so, dass gerade in der muslimischen Community ein hoher Widerhall stattfindet, weil man dort eigene Brüder und Schwestern sieht, weil nicht differenziert wird zwischen Hamas-Terror und palästinensischen Familien.

Den Punkt finde ich deswegen so wichtig, weil er auch in die Frage hereinreicht: Was wird verboten und was wird zugelassen? Wie gehen wir mit den Dingen um? – Darauf komme ich gleich noch.

Es ist umso wichtiger, dass wir dem Terror und seinen Vorfeldorganisationen bei uns in Deutschland klar und konsequent entgegentreten. Das heißt eben, das, was der deutsche Bundeskanzler

erklärt hat, ein Verbot von Samidoun und anderer ähnlicher Organisationen, jetzt schnell erfolgen muss. Jeder weitere Tag, an dem Samidoun und andere tätig werden können, ist ein Tag der Verbreitung von Hass und Hetze auf Deutschlands und Europas Straßen.

Wir haben gesehen, in welcher Logik diese Verbindungen bis nach Hessen reichen. Die Anmelderin der ersten verbotenen Demonstration nach diesem brutalen Massaker hat vor aller Augen und Ohren in den Medien erklärt, dass sie diese Verbrechen, diese barbarischen Verbrechen vom 7. Oktober nicht als Terror sieht, sondern als gelungene Widerstandsaktion. Wer diesen Terror verherrlicht, wer ihn negiert, dem muss mit aller Konsequenz des Rechtsstaats entgegengetreten werden. Deswegen ist ein Verbot von Samidoun ein wichtiger Schritt, aber auch alle weiteren ähnlichen Organisationen, etwa auch Palästina e. V. in Frankfurt, ein Verein, der sich genau mit dieser Zielsetzung gegründet hat und für den eben auch jene Dame spricht, auch solche Organisationen und Vereine müssen verboten werden.

Es muss aber weitergehen. Wenn auf deutschen, hessischen, europäischen Straßen nach einem freien Palästina „From the River to the Sea“ gerufen wird, hat darüber in den zurückliegenden Jahren oft die Debatte stattgefunden, welche Forderungen im Kern dahinterstecken. Die Antwort darauf hat auch der 07.10. gegeben. Wenn über ein freies Palästina „From the River to the Sea“ gefordert wird, dann meinen viele damit eben nicht ein freiheitliches Land, sondern ein judenfreies Land zwischen Jordan und Mittelmeer. Auch das darf es in Deutschland auf unseren Straßen und Plätzen nicht mehr geben. Botschaften, Symbole, Aufrufe, die die Existenz Israels negieren, zur Vernichtung Israels aufrufen, zur Auslöschung jüdischen Lebens, wie Chaibar-Rufe, die an historische Schlachten anschließen, aber im Kern auch den Aufruf zur Vernichtung jüdischen Lebens ausmachen, das Aufzeigen des israelischen Staatsgebiets in palästinensischen Farben, andere Symboliken, oder jetzt der Fallschirmspringer, der an die Angriffe der Hamas erinnern soll, wie das „Z“ auf russischen Panzern, sind Symbole, die die Gewalt verherrlichen und aufstacheln sollen.

Deswegen ist die Hessische Landesregierung, Sie haben den Vorschlag von Justizminister Poseck vernommen, der auf der Justizministerkonferenz dafür eintreten will, dass die Forderung nach der Auslöschung Israels und die Ablehnung des Existenzrechts Israels zu einem Straftatbestand werden sollen. Das halte ich für vollkommen richtig, denn wir laufen im Augenblick mit unserem Strafrecht der gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Fragen hinterher.

Deswegen ist es wichtig, dass wir hier konsequent sind, konsequent bleiben und der Hessische Landtag sich eindeutig äußert. Umgekehrt kümmern wir uns ganz besonders um jene, jüdische Familien, die hier bei uns, besonders in den letzten vierzehn Tagen, in Angst und Schrecken versetzt worden sind, wie wir es bisher auch nicht gesehen und erlebt haben. Wenn an einem Freitag die Hamas zu Gewalt an Jüdinnen und Juden in der Welt aufruft, dann ist auch das ein Zeichen dafür, dass es nicht um die Frage friedlicher Koexistenz im Nahen Osten geht, sondern das Ziel der Hamas eben doch die Auslöschung jüdischen Lebens in der Welt ist. Wenn sich dann trotz aller Schutzmaßnahmen, die wir an jüdischen Einrichtungen in Hessen haben, Eltern nicht trauen, ihre Kinder in die Schule zu bringen, oder Kinder in der Schule sind und plötzlich feststellen, dass sie nur zu zweit oder zu dritt in der Klasse sitzen, ist das eine Schande für Deutschland.

Es ist von Frau Feldmayer zu Recht gesagt worden, dass wir überhaupt über Jahre jüdische Einrichtungen durch die Polizei haben schützen lassen müssen, hat die Gesellschaft schon viel zu lange innerlich akzeptiert. Es wühlt die Menschen nicht auf. Es treibt die Menschen nicht dazu, sich hinzustellen und deutlich zu machen, dass wir das nicht akzeptieren dürfen. Deswegen ist es umso mehr im gesamtgesellschaftlichen Engagement wichtig, um jüdisches Leben zu schützen. Deswegen ist die Landesregierung mit all ihren Möglichkeiten bisher schon in Hessen unterwegs und rückt jetzt zusätzlich noch all die Aspekte in den Fokus, die – jetzt bezogen auf Israel – Hass und Hetze und Antisemitismus verbreiten.

Nein, es gibt in Hessen keine pauschalen Demonstrationsverbote, wie das hier zum Teil angeklungen ist. Es ist immer eine Bewertung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zu erwartender Straftaten, zu erwartender Ausschreitungen. Nur auf der Basis finden Verbote statt. Deswegen ist es nicht so, dass die Landesregierung pauschal etwas untersagt. Sie schaut aber sehr genau, was möglich ist. Sie wählt die Eingriffssituation natürlich dann niedrig, wenn Botschaften auf den Straßen ertönen, die in die Richtung gehen, Israel das Existenzrecht abzuspochen.

Deswegen brauchen wir insgesamt noch mehr Engagement, mehr Engagement gegen Antisemitismus in der Breite, die Solidarität und Unterstützung und den Schutz der Menschen hier bei uns, die Vermeidung von gefährlichen Balancen, die manchmal zwischen Dingen, die geschehen, hergestellt werden, und noch mehr Anstrengungen gerade auch – das ist schon gesagt worden – im Bildungsbereich. Gerade junge Menschen müssen wir davor schützen, sich vergiften zu lassen. Aber noch einmal: Nicht in einer Gegenüberstellung von Muslimen, Juden, Christen. Denn es sind nicht Religionen, die morden, es sind Menschen, die Menschen töten.

Das ist ganz wichtig, wenn es darum geht, dass ein weiteres Ziel der Hamas nicht erfolgreich bei uns sein darf, nämlich Hass und Hetze zwischen den Religionen und Kulturen zu sähen. Das wäre ein weiterer Erfolg in der Absicht, Menschen auseinanderzutreiben. Deswegen ist das, was im Antrag steht, das Gespräch mit Muslimen zu führen, der richtige Ansatz. Es geht nicht um eine pauschale Verurteilung, um eine pauschale Verdächtigung, sondern darum, wie der Widerhall in muslimischen Communitys, gerade bei jungen Menschen, die auf ihren Smartphones andere Bilder sehen, die damit aufgestachelt werden sollen, aussieht und wie sie ein realeres Bild der Situation vermittelt bekommen. Insofern sind Gespräche wichtig, ist der Dialog wichtig. Und es ist vor allem wichtig, dass wir uns alle im Auftrag sehen, dagegen vorzugehen und das Miteinander in den Vordergrund zu stellen. Jetzt müssen wir aber genauso anerkennen, dass wir uns nicht in klassischen Routinen bewegen, sondern in einer Situation, die mit dem 7. Oktober in ganz anderer Dimension einzuordnen ist.

Vielen Dank für das Engagement des Hessischen Landtags. Ich habe das nicht per se zu werten. Ich tue es aber dennoch unter dem Aspekt, dass es wichtig ist, dass das Land Hessen insgesamt an der Seite Israels und auch an der Seite der Jüdinnen und Juden in Hessen steht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Wir haben jetzt Wortmeldungen zu einer zweiten Runde. Zunächst der Kollege Rock.

Abg. **René Rock:** Ich möchte mich ganz herzlich für die Wortbeiträge bedanken. Ich bin nur sechzehn Jahre dabei, andere sind länger dabei. Ich habe noch keine Ausschusssitzung erlebt, in der man spüren konnte, wie das Thema alle mitnimmt. Es ist für mich gut, das so zu fühlen, nicht nur das auszutauschen, sondern auch diese Solidarität zu fühlen.

Ich möchte an der Stelle, weil es der Kollege Gaw von der AfD noch einmal angesprochen hat, warum man Sie nicht eingeladen hat zu dem gemeinsamen Antrag, ohne in Konflikte gehen zu wollen, noch einmal ganz sachlich erläutern. Wir haben als Fraktion diesen Antrag erarbeitet und eingebracht und dann versucht, ein breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Wir haben CDU, SPD, GRÜNE und LINKE angeschrieben und gebeten, gemeinsam mit uns eine Haltung zu entwickeln. Meine Fraktion und ich persönlich – das ist jetzt nicht justiziabel, das ist unsere Meinung – sind der Auffassung, dass sich die AfD-Fraktion in den letzten fünf Jahren nicht ausreichend gegen Antisemitismus abgegrenzt hat. Sie haben mit Herrn Lichert einen Co-Vorsitzenden, der aus meiner Sicht – ich sage das aus meiner persönlichen Perspektive – antisemitische Codes im Landtag genutzt hat. Deshalb hatten wir kein Interesse, Sie einzubinden. Wie sich das in der nächsten Legislaturperiode entwickelt, ist Ihre Thematik. Wir als Freie Demokraten haben Sie deshalb nicht eingeladen.

Wenn ich mir Ihren Antrag anschauere, dann haben Sie auch inhaltlich nichts Konstruktives, Zusätzliches zu unserem Antrag beizutragen gehabt. Von daher ist es auch kein inhaltlicher Verlust gewesen. Wenn ich mir den ersten Punkt Ihres Antrags ansehe, dort, wo jeder erst einmal aus dem Gefühl heraus eine klare Haltung formuliert hätte, was den Terroranschlag angeht, da steht bei Ihnen – ich lese es kurz vor, weil nicht jeder Antrag vorliegen hat –:

Der Landtag stellt fest, dass durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung aus vorwiegend arabisch-islamischen Ländern Tausende von Menschen mit kulturellem Hintergrund der seit Hunderten von Jahren durch Antisemitismus geprägt ist, nach Hessen kamen.

Das ist Ihre Einleitung zu diesem Thema, und das sagt aus meiner Sicht schon mehr als genug. Dass wir eine Herausforderung haben, haben wir für den Bildungsbereich schon angesprochen. Es gibt natürlich Gesellschaften, in denen Antisemitismus in Schulen gelernt und gelehrt wird, und wir uns dieser Herausforderung annehmen. Aber dass man einen so undifferenzierten Blick auf das Thema Antisemitismus hat, weil wir in Deutschland auch ein erhebliches Problem damit haben, spricht für sich. Das will ich nicht weiter vertiefen. Darum haben wir Sie, zu Recht, glaube ich, nicht zu dieser Diskussion als konstruktiven Partner eingeladen – ohne Schaum vor dem Mund, nur eine sachliche Erklärung.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Vielen Dank an Herrn Staatssekretär Becker, der, finde ich, sehr ausgewogen die Haltung der Landesregierung deutlich gemacht hat. Ich möchte mich auch noch einmal namentlich meiner Fraktion dafür bedanken, wie couragiert Sie auf der Buchmesse aufgetreten sind. Wir müssen viel mehr klare Kante zeigen gegen diejenigen, die im Zusammenhang mit Debatten über Israel oder über Juden unreflektiert und undifferenziert argumentieren. Deswegen wollte ich mich bei Ihnen ausdrücklich dafür bedanken.

Ich will mich auch dafür bedanken, dass die FDP diesen Impuls gehabt hat, einen gemeinsamen Antrag vorzulegen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir in einer solchen Situation als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam Flagge zeigen und zeigen, dass wir es im Land der Shoa nicht akzeptieren können, dass auf unseren Straßen antisraelische und antijüdische Demonstrationen stattfinden, dass gegen Jüdinnen und Juden gehetzt wird, dass in einem Land, in dem wir froh waren, dass jüdische Kultur wieder wächst, dass in einem Land, in dem jüdische Kinder wieder Angst haben müssen, in jüdische Schulen und Kindergärten zu gehen. Das muss uns alle bedrücken. Es muss uns dazu auffordern, hier ganz klar Kante zu zeigen.

Wir müssen denjenigen, die auf den Straßen diese antisemitischen Kundgebungen veranlassen, die diese Reden halten – Sie haben davon gesprochen, Herr Becker – und gleichzeitig Aufenthalt in unserem Land wünschen, ganz deutlich sagen: Bei uns ist die Staatsräson die Verbundenheit mit Israel. Wer das nicht akzeptiert, der kann bei uns keinen Aufenthalt erwirken. – Das müssen wir als Demokratinnen und Demokraten sehr deutlich sagen.

Ich will einen Punkt zu dem, was Herr Gaw gesagt hat – der Kollege Rock hat es angesprochen – erwidern. Wenn Sie sich Ihren Antrag durchlesen, Herr Kollege Gaw, dann sehen Sie schon, dass im Mittelpunkt der Debatte, die Sie führen wollen, nicht die Verbundenheit mit Israel und das An-der-Seite-Stehen mit Jüdinnen und Juden in unserem Land steht, sondern dass es in Ihrem Antrag in erster Linie darum geht, Ausländerfeindlichkeit und Ausländerhass zu schüren und Religionen gegeneinander aufzubringen, sonst hätten Sie in Ihrem ersten Punkt die Verbundenheit mit Israel, mit den Jüdinnen und Juden dargestellt und die Solidarität deutlich gemacht und nicht die unkontrollierte Masseneinwanderung, die Sie bei jedem Punkt, zu dem Sie reden, zum Thema machen.

Deswegen kann es auch nicht sein, dass Sie sich in dieser Debatte so gerieren, als würden Sie auf der Seite mit den Demokratinnen und Demokraten in unserem Landtag gemeinsam arbeiten wollen.

Ich will noch einmal daran erinnern, Herr Kollege Gaw, es war Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender, der die NS-Diktatur, der das Dritte Reich als „Fliegenschiss der Geschichte“ bezeichnet hat, als „Fliegenschiss der Geschichte“, mit Shoa, mit all dem, was wir im Dritten Reich und der Nazi-Diktatur erlebt haben. Es war Ihr Fraktionsvorsitzender Gauland, der das im Deutschen Bundestag gesagt hat.

Oder Herr Höcke, der nach Gerichtsurteilen als „Faschist“ bezeichnet werden kann. Lesen Sie sich bitte einmal Reden und Aussagen von Herrn Höcke durch. Sie glauben doch nicht, dass Sie

mit diesen Aussagen von Herrn Höcke und Herrn Gauland, sich in einen demokratischen Diskurs und das, was Demokratinnen und Demokraten als Antrag vorgelegt haben, einreihen können.

Schauen Sie sich die Reden von Herrn Lichert an, der ganz gezielt und provozierend antisemitische Codes in Reden im Hessischen Landtag verwendet. Dann wollen Sie sich gleichzeitig hierhinstellen und sagen: Wir sind auch Teil und wir wollen an den Gemeinsamkeiten der hessischen Demokratinnen und Demokraten teilnehmen. – Nein, das können Sie nicht. Da müssen Sie mal Ihre Rolle klären und dann müssen Sie auch die Aussagen, die in Ihrer Partei und in Ihrer Fraktion in diesem Zusammenhang geäußert werden, klarziehen. Solange Sie das nicht tun und solange Sie immer noch in dieser Art und Weise agieren, im Hessischen Landtag und im Deutschen Bundestag, können Sie nicht Teil des demokratischen Diskurses in diesen Parlamenten sein. – Vielen Dank.

Abg. **Elisabeth Kula:** Ich will Herrn Becker auch noch einmal für die Ausführungen danken. Das fand ich auf jeden Fall sehr hilfreich und aufklärend in ein paar Dingen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass Hessen, beispielsweise im Gegensatz zu Hamburg, keine pauschalen Verbote für palästinensische Demonstrationen erlässt. Das finde ich begrüßenswert und das unterstütze ich auch.

Ich will noch einmal kurz auf den Redebeitrag von Frau Feldmayer sagen, dass aus unserem Antrag als LINKE unmissverständlich klar wird, wo unsere Haltung gegen Antisemitismus und in der Frage der Beurteilung des Terrors der Hamas ist. Deswegen möchte ich es zurückweisen, dass eine Kritik an einzelnen Punkten des gemeinsamen Antrags von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freien Demokraten nicht damit einhergeht, dass wir eine Haltung zu diesen schrecklichen Terrorangriffen teilen. Das wollte ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Dennoch bleibt es in meiner Funktion zu sagen, dass einige Punkte, die habe ich vorhin benannt, die in dem gemeinsamen Antrag aufgegriffen wurden, die im Übrigen in dieser Form nicht in dem gemeinsamen Antrag im Deutschen Bundestag formuliert werden – der hat eine ganz andere Tonalität –, meine Fraktion nicht in dieser Form unterstützen kann.

Aber noch einmal ganz klar: Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass wir uns in der Beurteilung dessen, was dort seitens der Hamas Schreckliches passiert ist, unterscheiden. Wir haben eben noch andere Punkte, die uns wichtig sind. Einige der Konsequenzen, die Sie daraus schließen, können wir so nicht teilen.

Abg. **Robert Lambrou:** Angesichts dieser Tragödie in Israel wollen wir hier nicht in das parlamentarische Klein-Klein abgleiten. Bestimmte Dinge muss ich jetzt doch klarstellen. Zunächst einmal der Hinweis: Wir haben in unserer Fraktion einen jüdischen Abgeordneten.

Zum Zweiten: Andreas Lichert und das Thema „Hochfinanz“ hat auch Markus Lanz in seiner Sendung ausführlich hochgezogen. Lesen Sie sich doch bitte einmal die vielen Tausende Kommentare, von denen die meisten auf dieses Thema eingehen, durch. Es ist lächerlich, was Sie hier an Vorwürfen gegenüber Andreas Lichert konstruieren.

Lieber Herr Rock, wir hätten keinen eigenen Antrag eingebracht, wenn Sie uns gefragt hätten, und wir würden auch jetzt noch diesen Antrag zurückziehen, wenn Sie uns die Möglichkeit geben, dazuzukommen. Die Frage ist, ob Sie das überhaupt wollen; die Bereitschaft von uns ist da.

Dann der Vorwurf, wir würden Ausländerfeindlichkeit propagieren und Religionen gegeneinander ausspielen. Wissen Sie, es fehlt in Ihrem Antrag, den ich sehr gut finde, und in Ihren Reden, die mir auch sehr gefallen haben, ein entscheidendes Element. Dieses Element haben wir durchaus abgedeckt, in den Punkten 2 und 9 unseres Antrags. Es geht auch darum, dass wir ehrlich miteinander reden, warum der muslimische Antisemitismus in Hessen in den letzten Jahren so dramatisch gestiegen ist. Wenn man das ausblendet, dann kann man auch nicht zu den wirksamen Lösungen kommen. Dann fehlt mir auch der Glaube, dass das, was ich jetzt erlebe, mehr ist, als ein Strohfeuer.

Selbstverständlich ist es so, wenn man eine weitgehend muslimische Masseneinwanderung zulässt, ohne überhaupt zu schauen, was da für Menschen kommen, mit welchen Werten, dass man sich dann auch auf den Straßen konfrontiert sieht mit einem wachsenden Antisemitismus. Ich war als Fraktionsvorsitzender bei jedem runden Tisch gegen Antisemitismus von Herrn Becker dabei. Antisemitismus ist ein 360°-Problem, keine Frage. Da gilt es, in jede Richtung zu schauen. Es gilt dann aber eben auch, nicht blind dafür zu sein, dass in einer ganz bestimmten Richtung hier in Deutschland und in Hessen, der Antisemitismus, und zwar im Alltag, massiv gestiegen ist. Das blenden Sie in dieser Diskussion und in Ihren Anträgen aus. Das ist dann auch der Beitrag, den die AfD in diese Debatte einbringt, denn ohne uns würde das völlig ausgeblendet werden.

Wissen Sie, ich möchte noch etwas Persönliches anmerken: 2014 bin ich als einer von wenigen bei diesen Demonstrationen pro Israel gewesen. Damals gab es auch einen Gaza-Krieg. Damals gab es auch pflichtbewusste Demonstrationen, Angela Merkel am Brandenburger Tor, 5.000 Menschen. Danach ist man zur Tagesordnung übergegangen und hat sich überhaupt nicht um Antisemitismus in Deutschland gekümmert, und dass der immer stärker wächst. Es war auch ein wesentlicher Grund, warum ich in der AfD immer weiter nach oben gegangen bin. Das ist ein Thema, das mich umtreibt. Ich werde auch in der nächsten Legislaturperiode der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion sein. Dann werden wir auch häufiger darüber reden, dass die Bekämpfung von Antisemitismus etwas ist, was man nicht einfach nur vorschreiben kann, sondern, wenn man es zulässt, dass mehr Menschen kommen, die nun einmal antisemitische Denk- und Verhaltensweisen haben, dann können wir da nicht mehr viel machen.

Selbstverständlich, und das möchte ich zum Schluss noch einmal klarstellen, viele der Menschen, die gekommen sind, ob legal oder in Form dieser Masseneinwanderung, denken nicht antisemitisch. Aber wenn für diesen Staat der Schutz Israels und damit auch von Juden in Deutschland

Staatsräson ist, dann muss darüber geredet werden, dass wir es nicht zulassen dürfen, dass Menschen mit antisemitischer Einstellung nach Deutschland kommen dürfen. – Vielen Dank.

StS **Stefan Sauer**: Vielen Dank für die heutige Sondersitzung des Hauptausschusses. Das erlaubt uns als Innenministerium auch noch einmal kurz aufzuzeigen, wie wir aktuell mit der Situation umgehen. Der Kollege Becker hat die Situation inhaltlich für die Landesregierung eingeordnet.

Wir haben mit dem Ereignis am 07.10. unmittelbar eine Taskforce gegründet, unter der Leitung des Inspektors der hessischen Polizei, des Ihnen bekannten Thomas Seidel, der heute auch anwesend ist und für Fragen zur Verfügung steht. Warum haben wir das getan? – Um die Kompetenzen, die wir in den einzelnen Fachabteilungen haben, zu bündeln und die spezifischen Informationen in die aktuelle Lagebewertung, aber vor allem auch in die Problemlösungen einfließen zu lassen.

Das ist uns nach meiner Einschätzung bisher auch sehr gut gelungen. Wir waren dabei sehr besonnen. Wir haben die Verhältnismäßigkeit bezüglich der Versammlungsrechte wahren lassen und waren dennoch entschlossen. Das ist das, was der Staat in einer solchen Situation braucht. Dafür darf ich all denen, die dort eingebunden waren, danken.

Wir haben, um in der Situation auch gutes Sprachrohr nach außen zu sein, den Polizistinnen und Polizisten Informationsmaterial zur Seite gestellt, das speziell für diesen Fall aufgearbeitet wurde, sodass die Hintergründe den einzelnen vor Ort noch einmal bekannt sind und in Gesprächen darauf zurückgegriffen werden kann.

Wir haben auch neben der Sensibilisierung der Polizei unsere Kommunen in einem spezifischen Kommunalbrief entsprechend informiert, zum einen zur Situation, aber vor allem auch, dass wir in der Taskforce Kompetenz bereitstellen, um dann im Sinne der Best Practice zur Verfügung zu stehen.

Wir beschäftigen uns mit der Hamas seitens des Landesamts für Verfassungsschutz schon seit längerem und beobachten sie. Im Verfassungsschutzbericht Hessen für das Jahr 2022 ist darauf auch eingegangen worden. Wer sich das anschauen möchte, auf den Seiten 209, 239, 247 und 369 setzen wir uns aktiv mit der Gruppe auseinander.

Wir haben im Landesamt für Verfassungsschutz eine AG eingerichtet, um phänomenübergreifend alle relevanten Erkenntnisse zur aktuellen Lage verdichtet in den effizienten Austausch der Sicherheitsbehörden einzubringen. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass wir natürlich eine Rückkoppelung zur Rückführung vornehmen. Das ist auch heute schon angesprochen worden. Wir nutzen natürlich die Informationen, die uns zugeleitet werden, um – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen – zügige Aufenthaltsbeendigungen von ausländischen Straftätern in

Hessen entsprechend durchzusetzen. Das ist das, was ich heute auch noch einmal als Information aus Ihren Reihen mitgenommen habe, dass das inhaltlich auch unterstützt wird.

Wir haben das Thema Versammlungsfreiheit heute noch einmal als hohes Gut herausgestellt in dieser Runde. Ich glaube, es ist gut, dass wir damit sorgsam und auf Basis der aktuellen Rechtsprechung umgehen, natürlich unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Kollege Becker ist auch darauf eingegangen, dass nicht alle Versammlungen, die bisher angemeldet waren, dem Rechnung getragen haben. Wir recherchieren natürlich auf allen uns zur Verfügung stehenden Ebenen und schauen, welche Argumente uns vorliegen, gerade was Hass und Hetze betrifft. Sobald etwas erkennbar wird, gehen wir entsprechend vor. Ein Verbot von Versammlungen ist für uns die Ultima Ratio.

Es ist für uns ein wichtiger Schritt gewesen, dass wir als oberste Versammlungsbehörde die Stadt Frankfurt angewiesen haben, die Anti-Israel-Versammlung, die inzwischen am 11. Oktober stattgefunden hat, zu verbieten. Sie wissen auch aus der Berichterstattung der Presse, dass es zunächst gerichtlich aufgehoben wurde, aber dann der Verwaltungsgerichtshof Kassel in letzter Instanz am 14. Oktober unser Verbot bestätigt hat. Ich glaube, auch hier sehen wir ein Zeichen dafür, auch an die Gesellschaft, dass Rechtsstaatlichkeit im Sinne der Abwägung greift.

Wir schauen, dass wir gemäß der Lagebewertung entsprechende Kräfteplanungen vornehmen und entsprechend Schutzmaßnahmen bieten. Der Schutz der jüdischen Gemeinschaft in Hessen ist bei uns schon von Haus aus sehr hoch. Wir haben über 400 jüdische Einrichtungen, die wir sehr gut in der Abstimmung haben. Das jüdische Leben ist deshalb auf einem hohen Niveau geschützt, aufgrund der umfangreichen Lagebewertung, die wir mit den Betroffenen vor Ort, mit den Verantwortlichen in den Liegenschaften, mit denen wir uns vertrauensvoll austauschen, noch nachbessern. Das soll dazu führen, dass das Leben weiterhin geschützt möglich ist. Natürlich passiert es auch, dass der ein oder andere aus verständlichen Gründen die Kinder doch nicht zur Schule bringt. Es wird aber alles dafür getan, dies zu ermöglichen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen hat eine Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, kurz PAAF, eingerichtet und steht damit auch in engem Austausch mit den jüdischen Gemeinden. Dieser Austausch wird auch durch die Polizeipräsidien, unmittelbar durch die Polizeipräsidenten, nochmals bekräftigt. Wir haben also eine mehrfache Ansprache, um deutlich zu machen, dass uns der Nah-Ost-Konflikt, wie er uns hier erreicht, auch wichtig ist in der Bewältigung der grundsätzlichen Stellung der Sicherheit.

Hessen alleine hat das Phänomen nicht. Sie erleben auch die sehr brutalen Auseinandersetzungen in Berlin. Wir können dankbar sein, dass wir eine derartige Brutalität nicht haben. Hierzu stehen wir auch in der Abstimmung mit allen Bundesländern auf der Ebene der Staatssekretäre in Verbindung mit dem Bundesinnenministerium. Einmal in der Woche beschreiben wir in einer Schalte die jeweiligen Situationen vor Ort und das individuelle Vorgehen und ordnen Kräfte zueinander; d. h., die Polizei bis hin zur Bundespolizei schaut, wie sie sich entsprechend der Ereignislage optimal aufstellt.

Bezogen auf die jüdischen Einrichtungen, ich hatte es schon gesagt, haben wir ein hohes Schutzmaß, auch dank der Gelder, die Sie seit Jahren inhaltlich mittragen und fördern. Wir haben vor allem bauliche technische Maßnahmen, für die wir jährlich bis zu 4 Millionen € investieren, um genau diesen Mehrschutz vor Ort – ohne personell vor Ort sein zu müssen –, sicherzustellen. Wir haben auch Wartungs- und Fachpersonalkosten und Sachmittelausgaben, die davon getragen werden, sodass wir mit Landesleistungen 2017 bis 2021 von jährlich 4 Millionen € unwahrscheinlich viel erreicht haben.

Bezogen auf die immer noch wirkmächtigen Aktivitäten in den Schulen – darauf brauchen wir heute nicht einzugehen – können wir das auch noch nachliefern. Wir haben einiges zusammengetragen. Was wir dort auch schon leisten, um auch schon in den frühen Altersklassen zu sensibilisieren, da passiert bekanntlich auch sehr viel.

Ich glaube, sagen zu dürfen, mit Blick auf das, was noch in meinen Aufzeichnungen steht: Wir sind gut aufgestellt. Wir stehen Ihnen heute noch für fachliche Fragen zur Verfügung, gerade Herr Seidel, der das alles inhaltlich koordiniert und sehr maßvoll agiert, wird Ihnen auch noch einiges berichten können. – Besten Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Mir liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Dann können wir zur Abstimmung schreiten.

Der Hauptausschuss fasst folgende Beschlüsse:

– zur abschließenden Beratung –

- Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen –
jüdisches Leben schützen
– Drucks. [20/11644](#) –

Beschluss:

HAA 20/46– 23.10.2023

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Beschluss zu Punkt 2 – Drucks. 20/11658:

HAA 20/46– 23.10.2023

Der Hauptausschuss lehnt den Entschließungsantrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD, Freie Demokraten gegen DIE LINKE)

Beschluss zu Punkt 3 – Drucks. 20/11661:

HAA 20/46– 23.10.2023

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE gegen AfD)

Beschluss zu Punkt 4 – Drucks. 20/11662:

HAA 20/46– 23.10.2023

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung an.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD, Freie Demokraten; Enthaltung DIE LINKE)

Vorsitzender: Damit haben wir alle Anträge beschieden. – Jetzt käme noch der Tagesordnungspunkt Verschiedenes. – Da ich zum Tagesordnungspunkt Verschiedenes keine Wortmeldungen sehe, bedanke ich mich bei Ihnen allen für die vielen interessanten Wortbeiträge und schliesse die Sitzung.

Wiesbaden, 9. November 2023

Protokollführung:

Vorsitz:

Dr. Ute Lindemann

Frank-Peter Kaufmann